



SPD-Info-2009-03

08.07.2009

Liebe Freundinnen und Freunde der SPD, liebe Interessenten an der Kommunalpolitik,

es tut sich einiges in der Kommunalpolitik. Die letzte Stadtratssitzung hat sechs (!) Stunden gedauert. Im Folgenden wollen wir euch wieder einen Überblick über die wichtigsten Themen geben.

1. Karlsplatz

Dieses Thema wird mit großer Leidenschaft in der Öffentlichkeit diskutiert. Leider werden viele Dinge von bestimmten Interessengruppen verzerrt oder falsch dargestellt. Wir sind der Meinung, dass der Zustand des Karlsplatzes dringend erneuerungsbedürftig ist. Mit einem Aufwand von ca. 70 T€ könnten die größten Unebenheiten mit Asphalt ausgeglichen werden. Der optische Eindruck wäre verheerend. Unabhängig davon stünde in 2 bis 3 Jahren eine echte Sanierung des Karlsplatzes an. Deshalb haben wir uns gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel für die sofortige umfassende Sanierung entschieden. Die Gesamtkosten für die Sanierung werden mit 700 T€ geschätzt. Davon muss die Stadt 280 T€ (= 40 Prozent) Eigenmittel aufbringen. Insgesamt fallen bei der Neugestaltung 14 Parkplätze weg. Durch die Anpassung der Parkbuchten an die heutzutage gängigen Fahrzeuggrößen fallen fünf Parkplätze weg. Weitere fünf Parkplätze fallen durch einen größeren Abstand vor der Ludwigskirche weg (zwingende Voraussetzung für die Förderfähigkeit). Lediglich vier Plätze fallen wegen den geplanten Baumreihen und Sitzgelegenheiten vor der Karlshalle weg. Die Anzahl der Parkplätze für Leute mit Behinderung wird von 3 auf 7 mehr als verdoppelt. Gerade diese Gruppen treffen sich häufig in der Karlshalle. Durch den geplanten zeitnahen Baubeginn am Karlsplatz ist auch Bewegung in die dringend erforderliche Sanierung der Polizeidienststelle geraten. So besteht bereits ein mit dem Staatlichen Hochbauamt abgestimmtes Konzept für die Außenarbeiten. Dadurch entstehen Synergieeffekte. Das spart Steuermittel. Umso bedauerlicher wäre es, wenn das geplante Bürgerbegehren gegen die Sanierung des Karlsplatzes doch noch Erfolg hätte. Ein erfolgreiches Bürgerbegehren würde die Sanierung des Karlsplatzes für mindestens ein Jahr stoppen und die Stadtkasse mit ca. 40 T€ belasten.

2. OB stimmt gegen eigenen Nachtragshaushalt

Die Steuereinnahmen in der Stadt Ansbach entwickeln sich in die falsche Richtung. Die Gewerbesteuer bleibt um 3.300 T€ und die Einkommensteuer um 1.000 T€ hinter den Erwartungen zurück. Verbesserungen gibt es bei den

Schlüsselzuweisungen (+ 2.110 T€) und den Umlagen (+ 862 T€). Die zusätzlichen Maßnahmen durch das Konjunkturpaket stehen im Jahr 2009 mit 163 T€ zu Buche. Größter Posten ist die dringend vorzuziehende Sanierung des Dombachgewölbes mit 1.100 T€. Die Verwaltung legte einen Entwurf vor, der eine Neuverschuldung in Höhe von 2.200 T€ vorsieht. Konkrete Vorschläge für Einsparungen wurden nicht gemacht. Die CSU versuchte sich als Hüter des Haushaltes, in dem sie z.B. die Sanierung des Karlsplatzes streichen wollte.

Dem hartnäckigen Einsatz von Günter Pfisterer ist es zu verdanken, dass wir am Tag der Sitzung noch 4 Änderungen am Nachtragshaushalt vornehmen konnten, für die es eine Mehrheit aus SPD, Grüne, BAP und Co. gab. Die 4 Änderungen führen zu einer Ersparnis von 650 T€. Die Rücklage wird nicht auf den Mindestbestand zurückgefahren, damit die Stadt auch im zweiten Halbjahr noch flexibel agieren kann (z.B. Übernahme von Planungskosten für garantierte ICE-Halte in Ansbach ab dem nächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2009).

Konkret handelt es sich dabei um folgende Maßnahmen:

- **Sanierung Dombach-Gewölbe:** Übertragung von 300 T€ im Wege der Verpflichtungsermächtigung auf 2010 und gleichzeitige Prüfung, ob nicht die AWEAN einen Teil der Kosten übernehmen muss. Soweit die Maßnahme der Entwässerung von Oberflächenwasser dient, steht die AWEAN in der Pflicht. Diese Verschiebung entspricht dem Grundsatz der Wahrheit und Klarheit des Haushaltes, da es sehr unwahrscheinlich ist, dass der komplette Betrag von 1.100 T€ bereits dieses Jahr kassenwirksam wird. Sollte AWEAN sich an den Kosten beteiligen müssen, wäre es eine echte Ersparnis. Die Beträge, die dieses Jahr nicht kassenwirksam werden, fließen in sog. Haushaltsausgabereste (HAR), d.h. sie werden in das nächste Jahr übertragen. 12.000 T€ waren die HAR 2008, dieses Jahr sind es 10.000 T€. Die HAR engen den Handlungsspielraum einer Kommune enorm ein und sollten deshalb so gering wie möglich gehalten werden.

- **Ortsdurchfahrt Neuses:** Streichung der bereitgestellten Mittel in Höhe von 300 T€. Diese Maßnahme ist sehr bedauerlich, da die Verschönerung der Ortsdurchfahrt bereits seit vielen Jahren von den maßgeblichen Politikern versprochen wurde. Allerdings handelt es sich um keine Maßnahme, bei der eine Gefährdung der Verkehrssicherheit gegeben ist. Der aktuelle Haushalt erlaubt keine Maßnahmen, die nur aus optischen Gründen erfolgen.

- **Sanierung Pfaffenbuck:** Übertragung von 50 T€ im Wege der Verpflichtungsermächtigung auf 2010. Hier wurden aus Gründen der Verkehrssicherheit 150 T€ in den Haushalt 2009 eingestellt. Bisher wurde noch nicht mit der Maßnahme begonnen, so dass mit einer vollständigen kassenwirksamen Durchführung in 2009 nicht mehr zu rechnen ist (Wahrheit und Klarheit des Haushaltes!).

- **Erhalt der Rücklage:** Die Verwaltung wollte weitere 200 T€ aus der Rücklage entnehmen. Die Rücklage wäre auf den gesetzlichen Mindestbestand geschrumpft. Dies hätte den Handlungsspielraum der Stadt in nicht verantwortbarer Weise beeinträchtigt. Über- oder außerplanmäßige

Mittel wären nicht mehr verfügbar.

- **Radweg Südosttangente:** Hier stehen noch 2.000 T€ als nicht abgerechnete Leistungen im Haushalt zu Buche. Ursprünglich hieß es, dass von diesem Betrag der Radweg an der Südosttangente mit ca. 125 T€ Eigenmitteln gedeckt werden könne. Zuletzt kam nun die Information, dass der Betrag aufgrund eines möglichen Rechtsstreits nicht abgerechnet werden könne. Gewinnt die Stadt, so reiche der Betrag. Verliere die Stadt, so sei noch ein höherer Betrag erforderlich. **Diese Information des Baureferats ist absolut neu. Bis zur endgültigen Entscheidung über den Nachtragshaushalt 2009 Ende Juli haben wir belastbare Zahlen von der Verwaltung gefordert.**

Die notwendige Kreditaufnahme verringert sich durch diese Maßnahmen um 450 T€ auf 1.750 T€.

Nach unserer Auffassung wären noch weitere Maßnahmen möglich gewesen, wenn die OB echten Sparwillen gezeigt hätte und auch den Mut aufgebracht hätte, sich politisch dazu zu bekennen. Stattdessen bittet sie darum, ja nichts zu streichen, und behauptet, Sie und die Verwaltung hätten bereits alle Einsparmöglichkeiten überprüft.

23 Millionen Euro stehen im Nachtragshaushalt 2009 für Investitionen zur Verfügung. Erfahrungsgemäß kann die Verwaltung nur etwas mehr als die Hälfte in einem Jahr abarbeiten. Die Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2010 betragen ca. 8 Millionen Euro. Sicher ist der Haushalt 2010 damit bereits vorbelastet. Hinzu kommen noch 2,6 Millionen Defizit aus dem Haushaltsjahr 2008. Dennoch sind wir der Meinung, dass neue Schulden so spät wie möglich aufgenommen werden sollten. Denn diese engen den Handlungsspielraum der Stadt noch viel mehr ein. Ohne einen historisch niedrigen Schuldenstand im Jahr 2008 wären viele Maßnahmen nicht oder nur mit großer Verzögerung möglich.

Für die Haushaltsberatungen 2010 fordern wir eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Einsparmöglichkeiten beschäftigt und klare Prioritäten bei den Investitionen setzt.

3. Europaweite Ausschreibung für die Lieferung elektrischer Energie

Die Stadt ist verpflichtet, den Bezug von elektrischer Energie europaweit auszuschreiben. Ursprünglich wollte die Stadt einen Vorratsbeschluss, um in der Lage zu sein, ein vermeintlich günstiges Angebot der EON Bayern anzunehmen. EON Bayern hat dem Freistaat Bayern einen Rahmenvertrag angeboten.

Uns ist wichtig, dass die Stadtwerke Ansbach eine faire Chance bekommen.

Die Stadtwerke Ansbach führen als kommunales Unternehmen ihren Gewinn zu 60 Prozent an die Stadt Ansbach ab. Sie sind einer der potentesten Gewerbesteuerzahler. Außerdem finanzieren die Stadtwerke Ansbach die

Defizite der Ansbacher Bäder- und Verkehrs GmbH. Auch bilden die Stadtwerke Jahr für Jahr eine ganze Reihe von Auszubildenden aus und sponsern in Ansbach viele Veranstaltungen im kulturellen und sportlichen Bereich.

Seit 2007 bezieht die Stadt zu 100 Prozent Ökostrom. Dieser stammt aus österreichischen und bayerischen Wasserkraftanlagen.

Der Stadtrat hat sich nun mehrheitlich dafür entschieden, auch weiterhin 100 Prozent Ökostrom zu beziehen.

Wir bekennen uns zum Klimaschutz und fördern regenerative Energien.

Ob und in welcher Höhe Mehrkosten entstehen, kann vor Abschluss der europaweiten Ausschreibung nicht seriös gesagt werden.

Die CSU lehnte den Ökostrom ab und bezeichnete die Entscheidung für den Ökostrom in einer Pressemitteilung als Chaos-Politik. Lediglich der CSU-Stadtrat Sauerhammer stimmte für den Ökostrom. Dies ist konsequent. Ein paar TOPs zuvor genehmigte der Stadtrat einstimmig ein Solarfeld bei Strüth. Auch die zahlreichen Betreiber von Biogasanlagen werden vom Staat subventioniert und zählen zu den regenerativen Energieproduzenten.

4. Anbindung des Urtas-Geländes an die Bundesstraße 14

Ausführlich hat Herr Arndt vom Staatlichen Bauamt Alternativen zu seiner bisherigen Planung vorgestellt. Der ursprüngliche Entwurf wurde bei einer Sondersitzung des Stadtrates im November 2008 einstimmig verworfen. Die nun favorisierte Variante spart 1.200 T€ an Steuermitteln und eine Fläche von 5 Hektar ein. Ein einfacher Kreisverkehr hat laut Herrn Arndt keine Aussicht auf Realisierung, da er nicht ausreichend leistungsfähig sei. Ein Kreisverkehr mit zwei Streifen (sog. „Turbokreisverkehr“) scheiterte in Deutschland an Sicherheitsbedenken. Der Stadtrat soll nun bis zur Sommerpause über die neue Variante entscheiden.

Mit solidarischen Grüßen

Martin Porzner

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender